

Imperialistischer Antikapitalismus?¹

Selbst unter den besten Bedingungen wäre die Linke am hundertsten Jahrestag der russischen Revolution wohl kaum einfach nur stolz gewesen. Es stimmt, sie war die erste Revolution gegen den imperialen Kapitalismus. Sie unterminierte die elitäre, geheime und annexionistische ›alte Diplomatie‹ und ermöglichte eine ›neue Diplomatie‹ mit größerer Offenheit, Selbstbestimmung und Antiimperialismus. Sie zwang Wilson zu dem ›14-Punkte-Programm‹ für eine neue Weltordnung, nachdem die Bolschewiki die geheimen Abkommen zwischen den Großmächten öffentlich gemacht hatten (Mayer 1959, 265). Die Revolution ermöglichte die schnelle planwirtschaftliche Industrialisierung, ohne die die Allianz gegen Hitlerdeutschland unmöglich gewesen wäre. Nicht zuletzt wurde sie in den folgenden Jahrzehnten ein Leuchtfeuer für Sozialisten und Antiimperialisten.

Freilich bahnte sie auch einem »institutionell paranoiden« Regime unter Stalin den Weg (Lewin 1995; 2005), das die internationale kommunistische Bewegung ihren Zwecken unterordnete und dabei schmerzliche Fehleinscheidungen auf Kosten der Linken traf (vgl. Claudin 1975). Obwohl dieses Regime unter Breschnew zu einer etwas gnädigeren bürokratisierten Politik fand, wurde das Jahrzehnt nach seinem Tod – unter der Fassade der Reform – zu einem der Abdankung einer kommunistischen Parteiführung, die sich als unfähig erwies, ihre politischen Überzeugungen zu wahren (vgl. Kotz 1997). Diese revolutionäre Erfahrung birgt so viele objektive Lehren, wie es ›nicht zu machen‹ ist, und kann daher von jeder ernst zu nehmenden Linken nur mit gemischten Gefühlen erinnert werden. Allerdings sollten wir da auch kaum anderes erwarten, denn es liegt in der Natur von Revolutionen, Hoffnungen vor ihrer Zeit hervorzubringen. Doch ›den Sturm auf die Himmelstore‹ nicht zu wagen, weil er uns unsägliche Verluste auferlegt, würde unsere Nachkommen zu ewigem Leiden verdammen.

Der hundertste Jahrestag der Oktoberrevolution mutet der westlichen Linken allerdings noch größere Ambivalenzen zu, als diese kurze Bilanz andeutet: Die Ambivalenzen, die weniger von der sowjetischen Erfahrung, als vielmehr von Verschiebungen im linken Verständnis von Kapitalismus, Imperialismus und ihrer Verkettung herrühren.

Die russische Revolution tauchte aus der ersten größeren Krise des kapitalistischen Imperialismus auf: der dreißigjährigen Krise von 1914–45 (vgl. Mayer 1981). Proteste im Innern und internationale Instabilität, Klassenkämpfe und internationale Kämpfe (zwischen den imperialen Nationen und gegen sie) führten zu einer einzigen

1 Ich möchte Alan Freeman und Henry Heller für ihre Kommentare zu früheren Fassungen dieses Artikels sowie dem Redaktionskollektiv des *Argument* für hilfreiche Hinweise danken.

großen Explosion, die nicht nur zwei Weltkriege und die größte Krise des Kapitalismus umfasste, sondern auch die richtungsweisenden Revolutionen des »kurzen 20. Jahrhunderts« (Hobsbawm 1995), die russische und die chinesische, außerdem antiimperialistische Kräfte entstehen ließ, sowohl sozialistische als auch nationalistische, und die imperiale Ordnung sowohl objektiv als auch ideologisch unterminierte. Die Wucht dieser einzigartigen antiimperialistischen Woge war so ungeheuer, dass uns erst heute, im 21. Jahrhundert, einige ihrer Konsequenzen bewusst werden.

Die daraus hervorgegangenen revolutionären und unabhängigen Staaten (Indien etwa, aber auch Indonesien, Malaysia, Ghana, Kenia usw.) nutzten die zurückgewonnene politische Autonomie für eigene Entwicklungsprojekte. Obwohl die Ergebnisse dieser Experimente hinter den Erwartungen zurückblieben, zerrissen von Widersprüchen, die eher auf dysfunktionales bürokratisches Verwalten zurückgingen als auf die Experimente selbst, zeitigte die Entwicklung dieser Länder ein weiteres, bedeutendes Resultat: Die Kombination aus Revolution, Unabhängigkeit und Verlangen nach eigener Entwicklung entfesselte diese Länder – allen voran China – und führte zu ökonomischen Wachstumsraten, die das Zentrum der Weltökonomie das erste Mal in der Geschichte des Kapitalismus vom Westen in andere Teile der Welt verschoben.

Doch gerade als diese Entwicklungen im Gange waren, manövrierten sich große Teile der westlichen Linken in Positionen, von denen aus diese Entwicklungen nicht erkannt, geschweige denn begrüßt oder gewürdigt werden konnten. Mindestens bis in die 1970er Jahre hinein waren Antiimperialismus und Solidarität mit der Dritten Welt für einen Großteil der westlichen Linken selbstverständlich, auch wenn sie in Bezug auf die russische und chinesische Revolution gespalten waren. Sie versuchten immerhin, die Dynamiken des Nachkriegsimperialismus und ihre nationalistischen Reaktionen zu verstehen. In den folgenden Jahrzehnten indes verzichteten weite Teile der westlichen Linken auf die Kategorie des Imperialismus im Ganzen und beschränkten sich auf eine *antikapitalistische Politik*.

Kapitalismus und Imperialismus sind allerdings untrennbar miteinander verwoben, und der Widerwillen und die Unfähigkeit der Linken, letzteren zu bekämpfen, hatten ernsthafte Auswirkungen auf den Kampf gegen ersteren. Wenn nach Jahrzehnten des Neoliberalismus und der bereits seit einem Jahrzehnt andauernden Krise des westlichen (nicht des »globalen«) Kapitalismus die Linke zuhause entnervt aufgibt und die reaktionäre Rechte dafür die Früchte erntet (vgl. Desai 2017), hat das auch etwas mit der internationalen Haltung der Linken zutun. Dazu gehört die rituelle Empörung über imperialistische Interventionen, die oftmals von gleicher, wenn nicht sogar größerer Entrüstung über »Diktatoren« der Dritten Welt aufgewogen wird. In diesem kurzen Beitrag werde ich versuchen aufzuzeigen, warum das so ist und wie dies mit der Unfähigkeit der westlichen Linken zusammenhängt, die russische Revolution und besonders die ihr nachfolgenden Dritte-Welt-Revolutionen – sozialistische wie nationalistische – politisch richtig aufzunehmen.

Neoliberalismus und Multipolarität

Seit Jahrzehnten scheitert die westliche Linke daran, die neoliberalen Ordnung zu bekämpfen, obwohl deren deregulatorische Schubkraft trotz aller Versprechungen kein robustes Wachstum ermöglichte. Stattdessen brachte sie eine brüchige Finanzialisierung voran und erlegte den Gesellschaften auf der ganzen Welt hohe Kosten auf: massenhafte Arbeitslosigkeit, stagnierende Löhne, sprunghaft wachsende Ungleichheit, wiederkehrende Finanzkrisen, Erosion der Sozialfürsorge und politische Repressionen, um nur einige zu nennen. Die Finanzkrise von 2008 und die europäischen Folgekrisen im Jahr 2010 waren Anklagen gegen den neoliberalen Weg, wie sie sich jede Revolutionärin und jeder Revolutionär nicht besser hätte wünschen können. Obwohl der Arabische Frühling, linke Mobilisierungen an der europäischen Peripherie und der Aufstieg von gänzlich neuen linksgerichteten Formationen wie der Partei Die LINKE, Syriza, Podemos, Cinque Stelle und die Corbyn-Sanders-Linke Grund zur Hoffnung gaben, scheint dem Neoliberalismus zumindest ein »befremdliches Überleben« (Crouch 2011) beschieden zu sein.

Schließlich schlossen sozialdemokratische und Mitte-Links-Parteien unter Führern wie Blair, Clinton und Schröder zuvor in einem erschreckenden Spektakel ihren Frieden mit der neoliberalen Ordnung anstatt diese herauszufordern, oftmals nach zähen internen Kämpfen, die linke Alternativen für eine Generation oder gar länger verunmöglichten. Zwar gibt es seitens der Linken gegenwärtig Kritik an dieser Entwicklung, ich möchte an dieser Stelle jedoch zeigen, dass auch sie sich mit dem neoliberalen Kapitalismus auf ihre Art arrangiert.

Das ironische Ergebnis war, dass in den neoliberalen Jahrzehnten die soziale Unzufriedenheit ihren Ausdruck in einem Streik hier und einer sozialen Bewegung dort fand, diese aber isoliert blieben und auf keiner nationalen Ebene zusammenfanden. Während die Unzufriedenheit im Zuge der Finanz- und ökonomischen Krisen wächst, gelingt es neuen, reaktionären und Anti-Establishment-Parteien, diesen politischen Unmut zu mobilisieren, was sich in der Wahl Donald Trumps, dem Brexit und dem dramatischen Aufkommen von rechten und faschistischen Formationen in ›Kerneuropa‹ zeigt, besonders im Vorfeld der Wahlen in diesem Jahr. Ein Großteil der Linken war Teil eben jenes Establishments, dessen Autorität zusammenbrach.

Während zu Hause die Widersprüche des Neoliberalismus die Politik kaum herausforderten, waren die internationalen Widersprüche fruchtbarer: sie verschoben das ökonomische Gravitationszentrum der Welt vom Westen weg. Obwohl westliche Mächte versuchten, die eine oder andere Version des Neoliberalismus im Rest der Welt durchzusetzen, konnten wichtige Länder entweder dagegenhalten (China), sich ihm anpassen (Indien) oder ihn nach einer anfänglichen Phase der Unterwerfung doch ablehnen (Russland seit dem Ende der 1990er Jahre und viele lateinamerikanische Länder im späten 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts). Zu unterschiedlichen Zeitpunkten der neoliberalen Ära wuchsen diese Länder insgesamt deutlich stärker als der finanzkapitalistisch bestimmte Westen. Zu Beginn des

21. Jahrhunderts wurde klar, dass sie in der Weltwirtschaft bald gewichtiger sein würden als der Westen (vgl. O'Neill 2001), und diese Erwartung wurde bisher auch nicht widerlegt. Im Gegenteil: die Kluft zwischen den Wachstumsraten ist durch die ökonomischen und Finanzkrisen des Westens noch größer geworden, und eine ›multipolare‹ Welt zeichnet sich seitdem immer stärker ab.

Sowohl der ›Mainstream‹ als auch die Linken haben versucht, die Bedeutung dieser Entwicklung herunterzuspielen; entweder indem sie an Umfang und Art des Wachstums dieser konkurrierenden Ökonomien zweifelten (vgl. Woodward 2017, bes. das zweite Kapitel zum Fall China), oder indem sie sie als einen Aspekt der amerikanischen Vorherrschaft verstanden, wie in der Idee von »Chimerica« (vgl. Ferguson/Schularick 2007). Solche Tricks funktionierten allerdings nie wirklich: Denn, wie Wolfgang Fritz Haug aufzeigt, selbst am Vorabend der Großen Krise von 2008 gingen Ferguson und Shularick noch von einer gänzlich ausbalancierten Beziehung zwischen den USA und China aus, nur um schon ein Jahr später das Gegenteil eines Ungleichgewichts zugunsten Chinas zum Brennpunkt der Krise zu machen (vgl. Haug 2012, 62f). In Wirklichkeit, so stellt Haug fest, blieben die beiden Länder auf komplexe Weise miteinander verschränkt, aber »was sich veränderte, waren die Kräfteverhältnisse, die sich zugunsten Chinas verschoben« (63). Nach 2008 verringerte China seine Abhängigkeit vom US-amerikanischen Markt durch massive Investitionsprogramme und eine Ausweitung des Binnenmarktes. Zusätzlich bildete China, neben den ständigen Investitionen in den US-Dollar, »Strukturen eines Weltmarkts unterhalb des Weltmarkts« aus (Haug 2006, 515).

Obwohl Haug die Fakten glasklar vor Augen führt, bleibt ihm die Bedeutung der gegenwärtigen Multipolarität verborgen. Dazu müssen wir unsere, wie Friedrich List sie nannte, »kosmopolitischen« (1841, 68 u.a.) Denkgewohnheiten ablegen und die »Materialität von Staaten« (Desai 2012) anerkennen, so wie Marx und Engels es taten. Die heutige Multipolarität ist in mindestens zwei Hinsichten geschichtlich bedeutend: sie führt einen anhaltenden und grundlegenden Trend in der Entwicklung des globalen Kapitalismus weiter, wonach die Produktionskapazität sich eben nicht durch Märkte (›Globalisierung‹) oder durch den Imperialismus (britische oder US-amerikanische ›Hegemonie‹) vergrößerte. Diese kosmopolitische Vorstellung geht von einer geschlossenen Einheit der Weltwirtschaft aus, die es niemals gab, denn sie war immer in *Nationalökonomien* geteilt, in denen Nationalstaaten eine wichtige Rolle spielten. Vielmehr erhöhte sich die Produktionskapazität durch einen dialektischen Prozess der »ungleichen und kombinierten Entwicklung«, der letztlich die Verhältnisse zwischen den Staaten in der kapitalistischen Welt bestimmte.

In dieser Dialektik versuchen die dominanten kapitalistischen Kräfte auf der einen Seite ihre Vorherrschaft und die Ungleichheit der globalen kapitalistischen Entwicklung, auf der sie ja beruht, durch *komplementäre* Beziehungen zu den schwächeren Staaten zu erhalten. Dies geschieht etwa, indem die hochwertige Produktion privilegiert im imperialen Zentrum stattfindet, während die minderwertige an andere Orte ausgelagert ist. Das ganze Spektrum der Praktiken, das wir Imperialismus nennen – den formellen Kolonialismus inbegriffen –, ist historisch genau zu diesem

Zweck angewandt worden. Jedoch kann man auf der anderen Seite nicht erwarten, dass andere Länder dies widerspruchslös hinnehmen – was sie auch nicht tun. Die Länder, die willens und in der Lage sind, widerstehen diesen unterordnenden Komplementaritäten und bauen, trotz kombinierter Entwicklung, mittels staatlicher Industrialisierung und eigener Entwicklungsprogramme *vergleichbare* Beziehungen mit den entwickelten Ländern auf (vgl. Desai 2013 u. 2015).

Bis zum Jahr 1917 bieten kapitalistische Länder wie die USA, Deutschland und Japan Beispiele dieser kombinierten Entwicklung.² Die russische Revolution erweiterte das historische Repertoire der kombinierten Entwicklung um eine nicht-kapitalistische oder ›kommunistische‹ Form. Zwar gibt es keine Erfolgsgarantien: die Bilanz der kombinierten Entwicklung schließt unzählige Misserfolge ein und selbst die erfolgreicher Staaten wie China sind von politischen und ökonomischen Widersprüchen durchzogen (vgl. Haug 2012). Doch ohne solche Versuche fände keinerlei Entwicklung statt.

In dieser Perspektive ist China nur der stärkste unter den neueren Konkurrenten. Die Multipolarität unserer Zeit erinnert an die Industrialisierung der neuen Mächte im späten 19. Jahrhundert, die die britische industrielle Vorherrschaft untergrub und den ersten multipolaren Moment der kapitalistischen Welt markierte (vgl. Desai 2013). Seitdem geht diese Entwicklung dank der konkurrierenden Industrialisierung in der UdSSR, dem sich erholenden Nachkriegs-Europa, der Volksrepublik China, der Entwicklungsländer, der asiatischen ›Tigerstaaten‹ und anderen kontinuierlich voran.

Diese weitere Ausbreitung der Multipolarität im 21. Jahrhundert ist in mindestens einer weiteren Hinsicht von historischer Bedeutung: zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus wird die Vorherrschaft der etablierten Mächte von den Ländern herausgefordert, die einst formell oder informell von jenen kolonisiert wurden.

Das erste Aufkommen der Multipolarität in den 1870er Jahren führte, ausgelöst durch die Rivalitäten zwischen den imperialistischen Staaten, zum Ersten Weltkrieg und dem zweiten Dreißigjährigen Krieg. Heute resultieren aus dem Aufstieg der neuen Mächte und der Unfähigkeit des Westens, sich damit abzufinden, immer weitere internationale Spannungen: die Ukraine, Syrien und das Südchinesische Meer sind nur die bekanntesten. Außerdem ergeben sich Herausforderungen in der internationalen Wirtschaftspolitik; entweder weil die aufsteigenden Mächte die westliche Dominanz in der WTO, dem IWF oder der Weltbank in Frage stellen, oder aber – weil in diesen Institutionen der Widerstand des Westens zu groß ist –, indem sie eine Reihe alternativer Institutionen gründen, etwa die Neue Entwicklungsbank oder die noch größere Asiatische Infrastrukturinvestmentbank.

An diesem kritischen Punkt internationaler Politik findet sich die westliche Linke in einer Position wieder, in der sie die Gefahren eher verschärft als lindert, ganz zu

2 Die kombinierte Entwicklung galt auch für das sich erholende Nachkriegseuropa, für die Entwicklungsländer nach 1945 sowie später für die Schwellenländer und die BRICS-Staaten.

schweigen von der vertanen Chance, Frieden zu stiften. Die Gründe hierfür müssen in der Art und Weise gesucht werden, wie die russische Revolution und die nachfolgenden, von ihr inspirierten Revolutionen in der Dritten Welt von der westlichen Linken aufgenommen wurden.

Was ist eigentlich aus dem Imperialismus geworden?

Vielleicht ist dieses Problem am besten zu verstehen, wenn wir uns erinnern, dass der marxistische Kalender 2017 nicht nur eines, sondern zwei Jubiläen bereithält, die paradoixerweise miteinander verknüpft sind: 100 Jahre russische Revolution und 150 Jahre erster Band des marxschen *Kapital*. Während der Stellenwert der beiden Ereignisse wohl nicht erläutert werden muss, wird die paradoxe Verbindung mit Gramscis Äußerung, die russische Revolution sei eine Revolution »gegen *Das Kapital*« gewesen, deutlich (*Avanti!*, 24.11.1917, vgl. auch den Beitrag von Guido Liguori in diesem Heft). Die Revolution habe nicht mit der Erwartung, tatsächlich einer fixen Idee der Zweiten Internationale, übereingestimmt, sie müsse zunächst in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern stattfinden.

Warum diese Erwartung sich nicht erfüllt hat, lässt sich nur erklären, wenn man versteht, dass Nationen ebenso wie Klassen materielle Produkte der kapitalistischen Entwicklung sind. Dieses Verständnis war für das Denken von Marx und Engels wesentlich, wie ich an anderer Stelle ausführe (Desai 2012 u. 2013, 36-42). Gleiches gilt für die klassischen Theorien des Imperialismus des frühen 20. Jahrhunderts, die als die ersten systematischen Theorien der kapitalistischen internationalen Beziehungen gelten können (Desai 2013, 43-53). Doch obwohl diese Theorien von den führenden Intellektuellen der Zweiten Internationale entwickelt wurden³, war die Materialität von Nationen schändlich vergessen – der vielgerühmte Internationalismus brach 1914 zusammen, weil ihre internationalistische und revolutionäre Rhetorik nicht in der Lage war, die historische Praxis des Klassenzusammenhalts durch nationale Reformen zu erklären. Eine Praxis, durch die »die Arbeiter [...] mehr zu verlieren hatten als ihre Ketten« (Joll 1955, 114). Dabei wurden Fragen des Nationalen außerhalb des Zentrums durchaus zur Kenntnis genommen; viele Sozialdemokraten begannen sogar, den Kolonialismus und seine »zivilisierende Mission« zu rechtfertigen, gerade wegen seiner materiellen Vorteile (Eley 2002, 91, 112).

Das rückständige Russland indes konnte niemals die Fragen von Imperialismus und nationalem Widerstand ignorieren: Lenin begrüßte sowohl Japans Sieg über Russland als auch das nationale Aufbegehren in Persien und der Türkei 1905. »Der klassenbewusste europäische Arbeiter findet jetzt auch in Asien seine Genossen«, schreibt er 1908 (LW 15, 179). Im Jahr 1916 antizipierte er die Idee der Drei Welten. Indem der Erste Weltkrieg antikoloniale Nationalismen bestärkte, stellte er den Sozialisten der drei unterschiedlichen Typen von Ländern, abhängig von ihrer

3 Ich meine hier die marxistischen Theorien von Hilferding, Luxemburg, Bucharin und Lenin sowie die Theorie von John Hobson, auf die sich Lenin stützte.

Position in der Welt des kapitalistischen Imperialismus, unterschiedliche Aufgaben: in den imperialen Ländern galt es, sowohl Kapitalismus als auch Imperialismus zu bekämpfen; in jenen, die weder imperial noch kolonialisiert waren, müsste in Richtung einer »bürgerlich-demokratischen Bewegung« gearbeitet und die antiimperialen mit den antikolonialen Klassenkämpfen verbunden werden; in Kolonien oder »Halbkolonien« stünde die nationale Befreiung an der Seite von bürgerlich-demokratischen Kräften auf dem Plan (LW 22, 152f).

Das Verständnis der Bolschewiken für ihre eigene noch ungeschriebene Revolution war von diesen Überlegungen Lenins her geformt, welche Trotzki als »ungleiche und kombinierte Entwicklung« viel später in seiner *Geschichte der russischen Revolution* (1930) systematisierte. Genau dieses Verständnis der Nation im globalen Kapitalismus und der Dialektik der »ungleichen und kombinierten Entwicklung«, die zum Motor der internationalen Beziehungen wurde, musste entwickelt und theoretisch gesichert werden. Die Möglichkeit dazu blieb erhalten, solange die kommunistische Linke bis 1956 das Sagen hatte. Bis dahin, als der zweite Dreißigjährige Krieg in die chinesische Revolution und die Dekolonialisierung mündete, brachten wesentliche Teile der westlichen Linken (weitestgehend Kommunisten oder mit dem Kommunismus sympathisierend) den Begriff »Dritte Welt« hervor, um die sich vom Kolonialismus befreien Länder zu bezeichnen, ihre Kämpfe zu unterstützen (nationale wie sozialistische) und die Widersprüche ihrer Entwicklung theoretisch auf den Punkt zu bringen. Anschließend allerdings kam es mit der Neuen Linken auch zu einer Reihe von Problemen, die im Gegensatz zum historisch-materialistischen Verständnis von Nationen und der Dialektik von »ungleicher und kombinierter Entwicklung« standen.

Da der »offizielle« Kommunismus in Stalins eher schematischer Vorstellung von Nationen stecken geblieben war und weil sich dieser eher an der sowjetischen Nationalitätenpolitik orientierte als an der politischen Ökonomie des Imperialismus und Antiimperialismus, blieben die in diesem Zusammenhang entstandenen Theorien im Westen weitgehend unberücksichtigt. Dennoch entstanden in den 70er Jahren (also relativ spät) Arbeiten zur »ungleichen und kombinierten Entwicklung«: Tom Nairns *The Breakup of Britain* (1977) verwendet den Begriff zwar nicht, entwickelt aber eindeutig den Gedanken (vgl. Desai 2008), während Michael Löwy (1981) ihn für die Möglichkeit von sozialistischen Übergängen in der Dritten Welt verwendet. Danach allerdings bleiben die allergisch aufs kommunistische Erbe reagierenden Anhänger Trotzkis, das Standbein der Neuen Linken, in der eurozentrischen Falle der Zweiten Internationale stecken (vgl. Eley 2002, 91, 112).

Darin wurden sie von einer »marxistischen Wirtschaftslehre« unterstützt, wie ich an anderer Stelle zeige (2010, 2015 u. 2016), die den neoklassischen Ökonomen und Schumpeter näher ist als Marx und seiner Kritik der politischen Ökonomie. In dieser neuen Lehre wird die marxistische Vorstellung des Kapitalismus, »in dem die Entwicklung der Produktivkräfte nicht garantiert ist, der in sich krisenfällig ist und zusammenbrechen kann« (Desai 2016, 142), durch eine neoklassische, ja sogar schumpetersche Auffassung ersetzt: »Ein prometheisches System, das die Produk-

tivkräfte fortwährend entwickelt, das keine inneren Widersprüche aufweist und sich praktisch auf wundersame Weise selbst korrigieren kann, obwohl es gleichzeitig aus ganz und gar kontingenten Gründen in Krisen gerät» (Desai 2015, 194). Solche Verschiebungen hatten die unterschiedlichsten Konsequenzen für die marxistischen Wissenschaften. Für unsere Zwecke sind zwei wichtig.

Versteht man Kapitalismus auf diese Weise, braucht es weder den Staat noch Imperialismus, um mit den Konsequenzen seiner Krisen und Widersprüche umzugehen. Dies hat fatale Folgen für jedwedes marxistische Verständnis von spezifisch *kapitalistischen* internationalen Beziehungen. Solch ein Verständnis müsste doch von der Frage ausgehen, wie die zwischenstaatlichen Beziehungen in einer kapitalistischen Welt von den Widersprüchen des Kapitalismus angetrieben werden und welche Folgen das für diese kapitalistischen Staaten hat. Stattdessen räumen die meisten westlichen Marxisten zwar ein, dass Imperialismus »stattfinden kann und auch stattfindet und die Akkumulation von Kapital fördert, aber der Logik des Kapitalismus nach nicht erforderlich ist« (Zarembka 2003, 8). Auf der anderen Seite verfechten führende Teile der Linken eine weitgehend kulturalistische Konzeption der Nation, für die Benedict Anderson zum Fahnenträger geworden ist. Er verwirft die früheren linken Traditionen in ihrem Versuch, die materielle Basis der Nation zu begreifen (Anderson 1983, 1-3).

Heute wird die »ungleiche und kombinierte Entwicklung« von den meisten westlichen Marxistinnen und Marxisten nicht erwähnt. Einige kommen teilweise darauf zu sprechen, hauptsächlich jedoch unter dem Ausdruck »ungleiche Entwicklung«. Wenn sie die »kombinierte Entwicklung« doch einmal erwähnen, dann nur, um die »Kombination der kapitalistischen Produktionsweise mit zuvor bestehenden Produktionsweisen« herauszustellen (Burawoy 1985, 99): »Die ›kombinierte‹ Komponente ist letztlich stets ein kontingentes Moment gegenüber dem dominanten ökonomischen Block, der den schwächeren Ländern Mehrwert entzieht, welche wiederum in nicht-kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen feststecken« (Bond 2008, 3). Solche Autoren geraten bei ihrer Untersuchung der westlichen ökonomischen Übermacht in eine Sackgasse; für sie kommt die Möglichkeit des Widerstands durch die kombinierte Entwicklung nicht in Betracht. Dies ist dann auch der Grund dafür, warum einige Autoren die ungleiche und kombinierte Entwicklung als wesentlich akteurslosen soziologischen oder ökonomischen Prozess darstellen. Für Neil Davidson etwa ist »eine schlagartige Industrialisierung und Urbanisierung nötig, um eine ungleiche und kombinierte Entwicklung auszulösen« (2009, 15), während sie für Alex Callinicos die Konkurrenz zwischen Unternehmen widerspiegelt mit Vorteilen für Pionierunternehmen (2009, 89). Nur eine kleinere Gruppe von Marxisten sieht in der kombinierten Entwicklung einen Prozess und ein Projekt, allerdings geht dieses Verständnis nicht über sozialistische Transformationen in rückständigen Ländern hinaus (vgl. Löwy 1981). Weder wird staatlich gelenkte Industrialisierung, mit dem Ziel, das technologische Level der entwickelten Produzenten zu erreichen, als kombinierte Entwicklung (an)erkannt, noch ihr Beitrag, gemeinsam mit der kombinierten Entwicklung des ›real existierenden Kommunismus‹, zur Vergrößer-

lung der Produktionskapazität. Wenn dieser Punkt übergangen wird, kann es auch keine Reflexion darüber geben, wie diese Länder die strukturellen Wirkungen des Imperialismus transformiert und langfristig sogar untergraben haben, geschweige denn daraus Schlussfolgerungen für eine sozialistische Politik gezogen werden.

So ist es kein Wunder, dass die aktuellen Erfahrungen mit der historischen und gegenwärtigen kombinierten Entwicklung in einer von der marxistischen Diskussion abgetrennten Literatur zu »Entwicklungsländern«, »Varietäten« oder »Modellen« des Kapitalismus untersucht werden, die weitgehend von nicht-marxistischen Wissenschaftlern dominiert wird. Die Realität der *kapitalistischen* kombinierten Entwicklung und ihr antiimperialistisches Potenzial, wie limitiert dieses sich aus der Sicht des Sozialismus als langfristigem Ziel auch darstellen mag, werden komplett ignoriert. Es war nur ein kleiner Schritt von der Neuen Linken zu den späten 1970ern, in denen die führenden Teile der westlichen Linken eine starke Aversion gegen das hegten, was sie nunmehr als »Dritte Welttum« (»Third-Worldism«) verhöhnten.

Dieses »Dritte Welttum« wurde zum Beinamen für die Wankelmüigkeit all derjenigen, die sich schnell beeindrucken ließen von dem »Bild von dunkelhäutigen Guerilleros inmitten von tropischer Vegetation« (Hobsbawm 1995, 550) und die das revolutionäre Potenzial der Bauern in der Dritten Welt als höher einstuften als das der Arbeiter in der Ersten Welt, denn das »Proletariat des Zentrums ist als Konsequenz des Mehrwert-Transfers von der Peripherie ins Zentrum bestochen worden« (Brenner 1977, 92). Diese Frontstellung gegen das »Dritte Welttum« blieb nicht ohne innenpolitische Folgen: Sie behinderte die Linke im Kampf gegen den Neoliberalismus gerade deshalb, weil sie auch auf die Möglichkeit verzichtete, den internationalen Kapitalismus durch nationale Entwicklung – eine Kombination von staatlich geführter Industrialisierung, Entwicklung und Umverteilung – herauszufordern. Solche Versuche der nationalen Entwicklung wurden sogar als gefährlich eingestuft, denn sie stellten nicht in Rechnung, »wie sehr jede bedeutsame nationale Entwicklung von der internationalen Arbeitsteilung abhängt« (ebd.).

Diese Verschiebung bedeutete einen theoretischen Verfall. Eine mit Respekt geführte bzw. wissenschaftliche ›Diskussion‹ unter marxistischen Revolutionären oder auch nur demokratischen Egalitären war nicht mehr möglich. Schnell wurde daraus ein direkter Angriff mit Anschuldigungen und systematischen Versuchen, gegnerische Ansichten zu disqualifizieren. So geschah es mit der Dependenztheorie, die das Verständnis der Linken jahrzehntelang geprägt hatte und für die Entwicklung nur durch einen Bruch mit der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung möglich war, welche die Dritte-Welt-Länder auf ihre unteren Positionen festnagelte – weshalb Samir Amin von »Abkopplung« spricht (1990). Ebenso war vergessen, dass nationale Revolutionen, auch wenn sie nicht zum Sozialismus, sondern zum Kapitalismus führten, einen Stand der Entwicklung erreichten, der unter kolonialen Bedingungen unmöglich gewesen wäre. Damit lieferten sie den arbeitenden Klassen ein politisches Terrain, auf dem kein Zweifel bestand, wer der Gegner war. Solche Brüche mit den imperialen Strukturen des globalen Kapitalismus indes wurden zu etwas Angsterregendem gemacht: »der Druck für außenpolitische Kompromisse und

inneren politischen Verfall« würde zunehmen, der von einem von den entwickelten Industriestaaten ausgehenden kapitalistischen Weltmarkt ausgeübt werde (Brenner 1977, 92).

Eine solche Position unterstellte, dass alle Versuche einer autonomen Industrialisierung zum ökonomischen Scheitern und zu politischem Niedergang verurteilt wären, folglich zu Hause zu vermeiden und in anderen Ländern zu verurteilen seien. Aus diesem Grund verließ sich die westliche Linke einzig auf den Kapitalismus, um die Produktivkräfte bei sich zu entwickeln, und verurteilte alle Anstrengungen in der Dritten Welt, es anders zu machen – ebenso wie der IWF und die Weltbank dies heute tun. Es ist, so Ha-Joon Chang, als sei »die Leiter weggestoßen worden« (2002, 4) – die Leiter, auf der der Westen durch Protektionismus und staatlich gelenkte Industrialisierung hinaufgeklettert ist und die Länder der Dritten Welt an ihrem Aufstieg gehindert hat. Das hat eine lange und unehrenhafte Geschichte: Friedrich List bediente sich desselben Wortlauts, um die englische Freihandels-Ideologie zu kritisieren.

Als der Kalte Krieg endete, hatte die westliche Linke »die Kritik am Imperialismus vergessen und jede kritische Überprüfung von geostrategischer *Realpolitik* über Bord geworfen« (Johnstone 2002, 12). Mit Jugoslawien begann sie den westlichen Imperialismus unter dem Deckmantel der »humanitären Intervention« zu unterstützen und vergrößerte sein (obwohl stark schwindendes) moralisches Gewicht durch die Dämonisierung nicht-westlicher Machthaber. Diese waren natürlich keine Engel, doch wurden sie allein deshalb angegriffen, weil sie ein beträchtliches Maß an ökonomischer Unabhängigkeit anstrebten. Die Linke

konzentrierte sich auf moralische und ideologische Probleme im Zusammenhang mit »Identitätspolitiken«. Ohne eine eigenständige Wirtschaftspolitik reduzierten sich die linken Parteien darauf, dem Neoliberalismus ein ›menschliches Antlitz‹ zu verleihen. Man zeigte sich sensibel für kulturelle Unterschiede und Rassismusbekämpfung. In Westeuropa wurde eine eurozentristische Kampagne, die für ›Menschenrechte‹ stritt, dafür benutzt, das Konzept der Dritten Welt zu diskreditieren. Der Gegner war nun nicht mehr die soziale Ungerechtigkeit durch unkontrollierte ökonomische Macht, sondern das von schlechten Menschen mit den falschen Ideen hervorgebrachte Böse. Der Haken war, dass man damit sehr leicht Interventionen im Ausland begründen konnte, die wiederum zu Imperialismus in seiner aggressivsten Form führte (ebd.).

Indem die westliche Linke also der Möglichkeit autonomer Entwicklung eine Absage erteilt, steht sie ironischerweise ohne Plan da, wenn eine sozialistische Wirtschaft über Umverteilung oder Demokratisierung hinausgehen soll. Mit der falschen schumpeterschen Überzeugung, die Produktivkraftentwicklung sei allein Sache des Kapitalismus, überließ sie ihm tatsächlich dieses Feld, auf Dauer und wunderbarweise. Ohne einen nicht-kapitalistischen Weg der Entwicklung produktiver Fähigkeiten bleibt sie auf immer im Kapitalismus gefangen, ohne Ausweg.

Aus dem Englischen von Ines Schwerdtner

Literatur

- Amin, Samir, *Delinking: Towards a Polycentric World*, London 1990
- Anderson, Benedict, *Imagined Communities*, London 1983
- Bond, Patrick, »Global Uneven Development, Primitive Accumulation and Political-Economic Conflict in Africa: The Return of the Theory of Imperialism«, in: *Journal of Peacebuilding & Development*, 4. Jg., 2008, H. 1, 1-14
- Brenner, Robert, »The Origin of Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism«, in: *New Left Review*, 17. Jg., 1977, H. 4, 25-92
- Burawoy, Michael, *The Politics of Production: Factory Regimes under Capitalism and Socialism*, London 1985
- Callinicos, Alex, *Imperialism and Global Political Economy*, Cambridge-Malden 2009
- Chang, Ha-Joon, *Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective*, London 2002
- Claudin, Fernando, *The Communist Movement: From Comintern to Cominform*, London 1975
- Crouch, Colin, *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus – Postdemokratie II*, Frankfurt/M 2011
- Davidson, Neil, »Putting the Nation back into ›the International‹«, in: *Cambridge Review of International Affairs*, 22. Jg., 2009, H. 1, 9-28.
- Desai, Radhika, »Introduction: The Political Economy and Cultural Politics of Nationalisms in Historical Perspective«, in: *Developmental and Cultural Nationalisms Special Issue of Third World Quarterly*, 29. Jg., 2008, H. 3, 397-428
- dies., »The Inadherence of Benedict Anderson: Engaging Imagined Communities«, in: *The Asia-Pacific Journal*, 11. Jg., 16.3.2009 (www)
- dies., »Consumption Demand in Marx and in the Current Crisis«, in: *Research in Political Economy*, 26. Jg., 2010, 101-41
- dies., »Marx, List and the Materiality of Nations«, in: *Rethinking Marxism*, 24. Jg., 2012, H. 1, 47-67
- dies., *Geopolitical Economy: After US Hegemony, Globalization and Empire*, London 2013
- dies., »Geopolitical Economy: The Discipline of Multipolarity«, Valdai Club Paper 24, 22.7.2015a (www)
- dies., »Look Back in Hope? Reassessing Regulation Theory«, in: Van der Pijl, Kees (Hg.), *The International Political Economy of Production*, Cheltenham 2015b
- dies., »The Value of History and the History of Value« in: Subasat, Turan (Hg.), *The Great Meltdown of 2008: Systemic, Conjunctural or Policy-created?*, Cheltenham-Northampton/MA 2016
- dies., *Decoding Trump. Counterpunch*, 10.2.2017 (www)
- dies., u. Alan Freeman, *Brexit, the City and the Crisis of Conservatism*, Valdai Discussion Club Report, Dez 2016 (www)
- Eley, Geoff, *Forging Democracy: The History of the Left in Europe*, Oxford 2002
- Ferguson, Niall, u. Moritz Schularick, »Chimerica and the Global Asset Market Boom«, in: *International Finance*, 10. Jg., 2007, H. 3, 215-39
- Freeman, Alan, »Marxism Without Marx: A Note Towards a Critique«, in: *Capital & Class*, 10. Jg., 2010, H.1, 84-97
- Haug, Wolfgang Fritz, »Herr-Knecht-Dialektik in Chimerika«, in: *Das Argument* 296, 54. Jg., 2012, H. 1/2, 53-68
- dies., *Neue Vorlesungen zur Einführung ins ›Kapital‹*, Hamburg 2006
- Heller, Henry u.a., *Revolutions: A Conference*, 2017 (www)

- Hobsbawm, Eric, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995
- Johnstone, Diana, *Fool's Crusade: Yugoslavia, NATO and Western Delusions*, New York 2002
- Joll, James, *The Second International*, London 1955
- Kotz, David M., *Revolution from Above: The Demise of the Soviet System*, London 1997.
- Lenin, Wladimir Iljitsch, »Zündstoff in der Weltpolitik« (1908), *Lenin Werke* 15, 176-83 (zit. LW)
- ders., »Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen« (1916), *Lenin Werke* 22, 144-59 (zit. LW)
- Lewin, Moshe, *Russia – USSR – Russia: The Drive and Death of a Superstate*, New York 1995
- ders., *The Soviet Century*, London 2005
- List, Friedrich, *Das nationale System der politischen Ökonomie* (1841), (www)
- Löwy, Michael, *The Politics of Combined and Uneven Development: The Theory of Permanent Revolution*, London 1981
- Mair, Peter, »Ruling the Void: The Hollowing out of Western Democracy«, in: *New Left Review* 42, 46. Jg., 2006, H. 6
- Mayer, Arno, *Wilson vs Lenin; Political Origins of the New Diplomacy, 1917–1918*, New York 1959
- ders., *The Persistence of the Old Regime: Europe to the Great War*, New York 1981
- Nairn, Tom, *The Break-up of Britain*, London 1981
- O'Neill, Jim, »Building Better Global Economic BRICs«, in: Goldman Sachs, *Global Economics Paper*, Nr. 66, New York 2015
- Trotzki, Leo, *Geschichte der Russischen Revolution* (1930), 2 Bde., a.d. Russ. v. A.Ramm, Essen 2010
- Woodward, Jude, *The US vs. China in Asia: A New Cold War?*, Manchester 2017
- Zarembka, Paul, »Lenin as economist of production: A Ricardian step backwards«, in: *Science and Society*, 67. Jg., 2003, H. 3, 276-302